

Schlechte Zeichen für Genf

Koslows USA-Reise brachte keine Annäherung der Standpunkte

Washington (upi/ap). Die amerikanische Regierung ist nicht bereit, sich durch sowjetische Drohungen von ihrer festen Haltung in der Berlin-Frage abbringen zu lassen. Dies betonten amerikanische Regierungskreise zu den Erklärungen des stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Koslow in Washington und den Äußerungen Chruschtschows gegenüber dem amerikanischen Politiker Harriman in Moskau. Chruschtschow und Koslow hatten übereinstimmend darauf hingewiesen, daß sie vor Gewaltmaßnahmen nicht zurückschrecken würden, falls die Westmächte die sowjetischen Berlin-Pläne nicht akzeptieren sollten.

mitzutellen. Darstellungen darüber in zwei New-Yorker Zeitungen bezeichnete er als „unautorisiert“.

Brandt: „Gute Formel“

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, nahm zu der Äußerung Koslows Stellung, daß die Sowjetunion in Berlin keine Gewalt anwenden werde, wenn dies von westlicher Seite ebenfalls nicht geschehen werde.

stellen, daß Harriman zum erstenmal mit Chruschtschow zusammengetroffen und dessen Sprache daher nicht gewohnt sei. Aus dem Artikel in der „New York Times“, in dem die Äußerungen Chruschtschows ausführlich wiedergegeben wurden, gehe jedoch hervor, daß der sowjetische Ministerpräsident schärfere Töne angeschlagen habe als früher.

Adenauer nach London?

London/Bonn (upi/ap). Bundeskanzler Adenauer empfing in Bonn den deutschen Botschafter in London, von Herwarth. Der Besuch Herwarths in der Bundeshauptstadt hat in Bonn und London die Vermutung verstärkt, daß Adenauer in der nächsten Zeit die britische Hauptstadt aufsuchen will.

gangener“, sagte Kierker. Der Bürgermeister von Detroit, Miriani, hat dem amerikanischen Außenministerium am Freitag mitgeteilt, daß er es ablehne, Koslow in seiner Stadt zu empfangen.

Harriman besorgt

Averell Harriman, der sich gegenwärtig in Bonn aufhält und mit Bundeskanzler Adenauer, Vizekanzler Erhard, Verteidigungsminister Strauß und Finanzminister Etzel zusammengetroffen ist, erklärte vor der Presse, er mache sich Sorgen um das Berlin-Problem, weil Chruschtschow die Entschlossenheit des Westens, die Freiheit Westberlins zu wahren, offenbar noch nicht voll erkannt habe. „Chruschtschow ist über die feste Haltung des Westens falsch informiert“, sagte Harriman. Er lehnte es jedoch ab, Einzelheiten über seine Unterredungen mit Chruschtschow

hat mit im Sinn weiter vorzubringen. Sie beträgt gegenwärtig 55 154 gegenüber 61 175 Personen im Vormonat. Damit ist auch hier der niedrigste Stand seit der Währungsreform erreicht. Die Entlastung des Arbeitsmarktes wurde bei den Männern entscheidend von der weiteren Steigerung der Bautätigkeit beeinflußt. (Siehe auch Seite 6)

habe, das zu tun, könnten die Worte des sowjetischen Politikers möglicherweise eine „gute Formel“ für die zweite Phase der Genfer Außenministerkonferenz sein. Die Einwohner Westberlins, so betonte Brandt, hätten jedenfalls keinen anderen Wunsch, „als so schnell wie möglich wieder aus den Schlagzeilen der Weltpresse zu verschwinden und in Ruhe ihrer Arbeit nachzugehen“.

Eine Möglichkeit

J. B. G. — Das Problem der Genfer Konferenz war in den beiden letzten Wochen von den Vorgängen um die Bundespräsidentschaft überschattet. Aber nun ist die Wahl vollzogen und der Blick wieder frei für das, was in einer Woche in Genf auf die internationale und auf die deutsche Politik zukommt.

Die Unterbrechung hat zu keiner Annäherung der Standpunkte geführt. Was in diesen Tagen von Chruschtschow und Koslow bekanntgeworden ist, läßt befürchten, daß der Kream seinen harten Standpunkt in bezug auf Berlin beibehalten will. Gerade diese sowjetische Härte war aber der Grund der Genfer Unterbrechung. Der Westen wiederum hat seine Möglichkeiten des Entgegenkommens erschöpft. Sein Berlin-Vorschlag ist bis an die Grenze gegangen, jenseits derer die Position Westberlins in Gefahr kommen müßte. Hier und da gibt es sogar die Meinung — und sie ist nicht ganz von der Hand zu weisen —, daß die Grenze schon mit einem halben Fuß überschritten sein könnte. Die Bereitschaft zu „Maßnahmen, um in beiden Teilen Berlins Betätigungen zu verhüten, welche Einmischungen in die Rechte anderer darstellen könnten“, könnte die Quelle fortgesetzter Reibungen und Konflikte sein, wenn man bedenkt, daß auf östlicher Seite jede auf dem Grundrecht der Meinungsfreiheit basierende freie Kritik schon als Einmischung angesehen zu werden pflegt.

*

Das Problem Berlin verschwände von selbst, wenn das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands bewältigt werden könnte. Aus dieser Logik hat der Westen schon unmittelbar nach der ersten sowjetischen Drohung gegen Berlin eine Lösung des Deutschlandproblems gefordert und in Genf einen entsprechenden Plan vorgelegt. Aber auch hierüber ist es zu einer ersten sachlichen Verhandlung nicht gekommen, weil die Sowjetregierung auf die deutsche Frage nicht mit Wie-

dervereinigung, sondern mit Teilung antworten will.

Seit der Unterbrechung der Konferenz ist von sowjetischer Seite nichts bekanntgeworden, was in der nächsten Phase der Genfer Konferenz auf einen materiellen Fortschritt hoffen lassen könnte. Materielle Fortschritte durch Änderung der sowjetischen Haltung sind auch deshalb nicht sehr wahrscheinlich, weil eine solche Änderung, wenn zur Zeit überhaupt erwogen, sich sicherlich der sowjetische Ministerpräsident selber vorbehalten wird; als mögliche Konzession in der letztlich entscheidenden Phase der Ost-West-Verhandlungen, und die ist für die Sowjets die erstrebte Gipfelkonferenz.

*

Könnte eine Annäherung und eine Verbesserung der Genfer Atmosphäre durch Verständigung auf irgendeinem anderen Gebiet, außerhalb des Berlin- und Deutschlandproblems, gefunden werden? Hier richtet sich die Aufmerksamkeit immer wieder auf die Genfer Verhandlungen über die Atomversuchskontrolle. Jedoch wird man eher vermuten müssen, daß die Ost-West-Spannung aus der Berlin- und Deutschlandfrage die Atomverhandlungen zusätzlich hemmt. Wie man es also auch betrachten mag, die Perspektive des neuen Beginns in Genf ist dunkel. Und die offenbar scharfen Äußerungen Chruschtschows in seinem Gespräch mit Harri-man machen die kommende Phase sogar unheimlich.

Das kann die Politik nicht von der Pflicht entbinden, Wege des Möglichen dennoch zu suchen. Wenn man materiell im Augenblick nicht weiterkommen kann, bleibt der Versuch, das Verfahren der Auseinandersetzung so zu gestalten, daß gegen Krise und Feindseligkeit vorgebeugt wird. Man wird sich an die Lösung der so schwierigen und vielschichtigen deutschen Fragen ohnehin nur allmählich herantasten können. Beide Seiten werden jeden Schritt nur sehr behutsam tun. Solche Probleme lassen sich nicht auf einer mehr oder minder spektakulären Konferenz wirklich ordnen, weder auf einer Außenminister- noch auf einer Gipfelkonferenz. Dazu

ist eine Fülle von zeitraubender Einzelarbeit notwendig.

*

So drängt sich der Gedanke auf, ob man in Genf zunächst nicht versuchen sollte, eine Institution zu schaffen, die in Ruhe und Gründlichkeit an diese Arbeit herangehen kann. Es ist jetzt gerade ein Jahr her — am 2. Juli 1953 —, daß der Deutsche Bundestag in einer einstimmigen Entscheidung die Schaffung eines ständigen Viermächtegremiums vorgeschlagen hat. Die Gründe, die damals angeführt worden sind, gelten auch heute. In dem ost-westlichen Notenwechsel, der diesem Vorschlag folgte, bot sich das merkwürdige Schauspiel, daß zwar beide Seiten zu einem solchen Gremium einschließlich deutscher Berater ja sagten, daß aber die Einsetzung an der Formulierung der Aufgabe scheiterte, weil die Sowjets den Kern der deutschen Frage, die Wiedervereinigung, ausklammern wollten. Dieses Problem brauchte in Genf nicht mehr zu hindern; denn dem Viermächtegremium könnte der ganze Themenkreis der Genfer Außenministerkonferenz zugewiesen werden. Dieser Themenkreis schließt die Wiedervereinigung ebenso ein wie den Friedensvertrag und europäische Abrüstungs- und Sicherheitsfragen. Nichts stünde auch im Wege, daß Untergruppen des Viermächtegremiums jeweils eines der Themen als Schwerpunkt zugewiesen würde.

Die eigentliche Schwierigkeit liegt in der deutschen Beteiligung. Die sowjetische Formel, daß die Wiedervereinigung eine Sache der Deutschen sei, ist bekannt. Diese Formel steht in klarem Widerspruch zu der tatsächlichen sowjetischen Deutschlandpolitik, aber verhandlungstaktisch hat sie ihr Gewicht durch die Position des sowjetischen Verhandlungsggners. So sind in Genf Berater aus beiden deutschen Teilen hinzugezogen worden. Die entsprechende Frage wird sich in Verbindung mit einem ständigen Viermächtegremium stellen.

*

Sowohl von westlicher wie von östlicher Seite ist in Genf — allerdings in sehr verschiedener — (Fortsetzung auf Seite 3)

„Lübke, eine würdige Figur“

Die Weltpresse wertet den Bundespräsidenten positiv

Die Wahl Heinrich Lübkes zum neuen Bundespräsidenten findet ein starkes Echo in der Weltpresse. Lübke wird darin durchweg positiv beurteilt. Dagegen begegnen die Umstände, die seine Wahl begleiteten, mehr oder weniger starker Kritik.

So schreibt der liberale „Manchester Guardian“: „Lübke ist ein Westfale, und seine Landsleute sind für ihre Dickköpfigkeit bekannt. Bei Dr. Adenauer wird er das brauchen. Nötigenfalls kann er immer die reichlich überlegte Ansicht des Bundeskanzlers zitieren, daß der Einfluß des Bundespräsidenten in der Vergangenheit unterschätzt worden ist.“

Die Londoner „Times“ schreibt: „Das Präsidentenamt in der Bundesrepublik wird das sein, was Dr. Lübke daraus macht. Der interne Streit innerhalb sei-

ner Partei hat ihn nicht berührt und nichts aufgezeigt, was ihn persönlich als unwürdig für das Präsidentenamt erscheinen lassen könnte. Er ist eine ruhige, würdige Figur, ein Experte der Landwirtschaft, der keiner besonderen Richtung innerhalb der christlich-demokratischen Partei angehört. Nach der leutseligen Art Präsident Heuss' mag er zunächst in Dr. Adenauers Schatten zu stehen scheinen. Aber er ist fast zwanzig Jahre jünger als der Kanzler, und er wird eine wichtige Rolle bei der Wahl von Dr.

Adenauers Nachfolger zu spielen haben. Das wird die Wende sein, die Deutschland — und in der Tat das ganze übrige Europa — mit Sorge beachten wird.“

Das österreichische OVEP-Organ „Das kleine Volksblatt“ schreibt: „Lübke zählt zu jener Garde der Männer von Adenauer, die in gewissem Sinne einen neuen Typus des deutschen Politikers repräsentieren, deren oft unorthodoxe, jedenfalls aber ‚unpreußische‘ Art sehr wesentlich zum Aufstieg der Deutschen Bundesrepublik beigetragen hat.“

Die unabhängige Kopenhagener „Information“ stellt fest: „Wie geeignet Lübke als Nachfolger von Präsident Heuss auch sein mag, der genau betrachtet das würdigste Staatsoberhaupt ist, das Deutschland jemals hatte, wird er als der Mann betrachtet werden, der herangezogen wurde, als keine der markanteren politischen Persönlichkeiten wollte, um darauf mit einer knappen Mehrheit gewählt zu werden... Gerechtweise muß jedoch gesagt werden, daß der neue Präsident an den Intrigen dieses Spiels völlig unbeteiligt zu sein scheint. Zudem ist er vermutlich als Nachfolger von Theodor Heuss tatsächlich besser geeignet als eine Reihe der auffälligeren Politiker.“

Eine Möglichkeit für Genf

(Fortsetzung von Seite 2)

denen Zusammenhängen und Formen — ein gemischtes deutsches Gremium als Forderung oder als Möglichkeit erörtert worden. Der westliche Friedensplan sieht innerhalb seines stufenmäßigen Ablaufs einen „gemischten deutschen Ausschuß“ vor, zusammengesetzt 25:10 und mit Minoritätsschutz. Gromyko seinerseits hatte am 9. Juni im Rahmen seines „Berlin-Planes“, der praktisch ein neues, später auf eineinhalb Jahre verlängertes Berlin-Ultimatum enthielt, einen „gesamtdeutschen Ausschuß“ auf paritätischer Grundlage vorgeschlagen, der Wiedervereinigung und Friedensvertrag erörtern soll.

Bemühungen werden sich darauf zu konzentrieren haben, ob eine für uns annehmbare Lösung zu finden ist. Die Sowjets selber sehen in ihrem eigenen Vorschlag offenbar nicht ihr letztes Wort; denn in der Erklärung Gromykos heißt es wörtlich, wenn der Vorschlag sich als unannehmbar erweise, könnten die vier Mächte den „Regierungen beider deutscher Staaten“ empfehlen, eine für sie annehmbare Form der Zusammenarbeit zu wählen, um die gestellten Aufgaben zu lösen. Auf deutscher Seite muß man sich darüber klar sein, daß man sich mit solchen Über-

legungen auf sehr glattem, sogar schlüpfrigem Boden bewegt. Dem, der in diesen heiklen Fragen nicht bewandert ist, erscheinen die Differenzen vielleicht als Kleinigkeiten oder sogar als Kleinlichkeiten. Und die Pankower Propaganda bemüht sich intensiv, die Gegensätze als westdeutsche Böswilligkeit hinzustellen. Tatsächlich aber stehen hinter den Differenzen so entscheidende Fragen wie die, daß man durch Zustimmung zu einer unabhängigen gesamtdeutschen Kommission die Viermächteverantwortung ausböhlen und Pankow ein Veto-recht in der Wiedervereinigung einräumen würde. In der Parität einer solchen Kommission läge zudem der Beginn der Anerkennung der Existenz eines zweiten deutschen Staates. Hier gibt es also unüberschreitbare Grenzen.

Nur innerhalb dieser Grenzen sind Möglichkeiten zu suchen. Eine gemischte deutsche Gruppe, die ihre Themen und Aufträge von dem Viermächtegremium erhält, diesem Gremium zu berichten hat und die letzte Entscheidung bei dem Gremium läßt, wäre eine Möglichkeit. Eine solche gemischte deutsche Arbeitsgruppe, basierend auf Viermächteboden, würde auch die Paritätsfrage erleichtern. Dann nämlich stünde wie

in jeder Arbeitsverhandlung Standpunkt gegen Standpunkt, und es wäre nicht von primärer Bedeutung, wieviel Verhandlungsteilnehmer jede Seite schickt. Wenn zwei Parteien ihre Rechtsanwälte mit der Suche nach einer Lösung beauftragen, ist es auch unwichtig, ob der eine Anwalt mit zwei und der andere mit zehn Assistenten an den Verhandlungstisch geht.

Ob ein Versuch, die Verhandlungen über die deutsche Frage und alles, was damit zusammenhängt, zu institutionalisieren, Erfolg haben wird, kann nur die Konferenz selbst erweisen. Wenn man wirklich weiterkommen will, wird man solchen Versuch, eine Art „kleiner Genfer Konferenz“ in Permanenz zu schaffen, machen müssen. Keinesfalls sollte man die Verhandlungen überhaupt abreißen lassen.

Neuer Konflikt in der SPD

Kontroverse zwischen Mommer und Wehner beschäftigt den Parteivorstand

W. Bonn (Eigenbericht). Zu einer heftigen Kontroverse ist es wieder zwischen dem stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD, Wehner, und dem parlamentarischen Geschäftsführer der Sozialdemokraten, Dr. Mommer, gekommen. Mit ungewöhnlicher Schärfe griff Wehner Mommer wegen seiner Äußerung vor Auslandsjournalisten in Berlin an, daß die Partei zur Politik Kurt Schumachers zurückfinden müsse. Wehner erklärte demgegenüber, die Außenpolitik der SPD sei keineswegs änderungsbedürftig. Er forderte Mommer auf, das Gegenteil zu beweisen. Mommer erklärte später, seine Berliner Äußerungen seien falsch dargestellt worden. Wehner habe darauf ohne sein Wissen eine Erklärung aufgebaut, die völlig am Sinn seiner Ausführungen vorbeigehe.

Die Auseinandersetzung der beiden führenden Männer der Sozialdemokraten fand in Bonn starke Beachtung. Sie wird als ein Teil der seit langem schwellenden internen Meinungsverschiedenheiten um den künftigen Kurs der Partei gewertet, die in den letzten Wochen durch die Schwierigkeiten bei der CDU fast in Vergessenheit geraten war. Mommer hatte u. a. erklärt, manche Mitglieder der SPD hätten sich zwischen 1952 und 1955, als die Sowjetunion freie Wahlen und die Wiedervereinigung Deutschlands angeboten habe, durch die Gegnerschaft der Sowjets zu Bundeskanzler Adenauer verleiten lassen, an „Anfänge einer Gemeinsamkeit mit den Kommunisten“ zu glauben; die jüngsten sowjetischen Vorstöße gegen Berlin hätten aber allen die Augen geöffnet, wer wirklich die Wiedervereinigung nicht wolle.

„Unterstellung“

Diese Aussage, so stellte Wehner im Ton der Zurechtweisung fest, findet in der Politik der SPD keine Stütze. Die sozialdemokratische Politik werde durch Parteitag und gewählte Parteikörperschaft beschlossen. Das sei fast immer einstimmig geschehen. Und auch Mommer habe stets zugestimmt. Niemand habe die Beschlüsse als Anfälligkeit gegenüber dem Kommunismus gekennzeichnet. Auch die Außenpolitik der SPD sei nicht änderungsbedürftig. Seit den Tagen Schumachers, der einer der erbittertsten Gegner der Einschmelzung der Bundesrepublik in den westlichen Militärblock war, sei sie eine auf Verständigung gerichtete Friedens-

politik, in der die Grenzen gegenüber der kommunistischen Ideologie niemals verwischt worden sei. Wehner forderte Mommer auf, das Gegenteil zu beweisen, wenn er der SPD etwas anderes unterstellen wolle.

„Trojanische Esel“

Es erregte beträchtliches Aufsehen, daß Wehner den Weg der öffentlichen Erwidrung

wählte, um sich mit Mommer auseinanderzusetzen. Damit wurde zum erstenmal deutlich gemacht, wer die Gegenspieler in dieser Auseinandersetzung sind, die Mommer vor einigen Wochen mit seinem Angriff gegen die „trojanischen Esel“ in der Partei ausgelöst hat. Bisher hat die SPD versucht, diese Meinungsverschiedenheiten intern zu bereinigen.

Mommer bedauerte, daß er von Wehner nicht nach dem tatsächlichen Inhalt seiner Ausführungen befragt worden sei. Es sei nicht richtig, daß er eine Rückkehr der sozialdemokratischen Politik zu der Kurt Schumachers verlangt habe. Auch der übrige Inhalt der Presseberichte über seine langen Ausführungen gebe eine völlig schiefe Darstellung seiner tatsächlichen Äußerungen.

Gefängnis für ehemaligen Vopo

Nachspiel zu der Entführung aus Steinstück

Großes Aufsehen erregte im August v. J. die gewaltsame Verschleppung eines Flüchtlings aus der Westberliner Enklave Steinstück im Bezirk Zehlendorf durch vier ostzonale Grenzpolizisten. Die Politische Strafkammer Moabit verurteilte jetzt den 22jährigen früheren Unteroffizier der Grenzpolizei, Manfred A., wegen gemeinschaftlicher Verschleppung in Tateinheit mit Amtsanaßmaß und Freiheitsberaubung zu 10 Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 15 Monate Zuchthaus beantragt.

Am 7. August v. J. wurde der 26jährige Lothar K. aus Leipzig bei einer Ausweiskontrolle angehalten, konnte aber Westberliner Gebiet erreichen. 150 Meter von der Grenze versteckte er sich im Gebüsch eines Gartengrundstücks. Er wurde von drei Grenzpolizisten und dem Angeklagten gewaltsam über die Grenze geschleppt. Vorher hatten sie ihre Uniformröcke und Waffen abgelegt. Der Verschleppte wurde zwei Monate später vom Stadtbezirksgericht Leipzig wegen fortgesetzten Betruges und „versuchter Republikflucht“ zu zwei Jahren und acht Monaten Gefängnis verurteilt. Dies meldete das SED-Parteiorgan „Neues Deutschland“. Die Entführer erhielten einen Sonderurlaub von 14 Ta-

gen und einen Vorschuß von 250 Ostmark.

Im April 1959 flüchtete der Angeklagte nach Westberlin, um einer dienstlichen Bestrafung zu entgehen. Er meldete sich im Flüchtlingslager und wurde sofort festgenommen. „Der Angeklagte hat durch seine Tat das Völkerrecht und die zwischenstaatlichen Beziehungen erheblich verletzt. Trotzdem hat die Strafkammer von einer entehrenden Zuchthausstrafe abgesehen. Es berücksichtigte die in der Ostzone herrschenden Verhältnisse und daß der damals 21jährige nur unfreiwillig der Grenzpolizei angehörte. Er flüchtete schließlich selbst nach Westberlin“, erklärte der Vorsitzende der Politischen Strafkammer in der Urteilsbegründung.

CDU will Organisation straffen

Konsequenzen aus dem Streit Adenauer—Erhard / Nur zwei stellv. Vorsitzende

Berlin (Eigenmeldung). Für eine erhebliche Straffung der CDU-Parteorganisation hat sich in Berlin die Konferenz der Landesverbände mit dem geschäftsführenden Bundesvorstand der Partei ausgesprochen. Wie der stellvertretende Parteivorsitzende und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, von Hassel, anschließend der Presse mitteilte, haben vor allem die Auseinandersetzungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Vizekanzler Erhard den Anstoß zu einer Änderung der Organisation und des Statuts gegeben.

Im einzelnen sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

1. Die Zahl der stellvertretenden Bundes-Parteivorsitzenden, die gegenwärtig vier beträgt, soll auf zwei verringert werden, gleichzeitig soll eine Reihenfolge in der Form eines ersten und zweiten Stellvertreters eingeführt werden, um die Verantwortlichkeiten genauer festzulegen. Damit wird eine Erweiterung der Kompetenzen der stellvertretenden Vorsitzenden verbunden sein.

2. In der CDU/CSU wird außerdem ein „engerer politischer Vorstand“ gebildet, der sich einschließlich der Bundesvorsitzenden aus zehn Mitgliedern zusammensetzen soll. Ferner ist beabsichtigt, die Führungsgremien der CDU — insbesondere Parteivorstand und Parteausschuß — häufiger und regelmäßiger als bisher zusammenzutreten zu lassen. Schließlich machen einige Bestimmungen des Parteiengesetzes, das im September vom Bundestag behandelt werden soll, eine Änderung bestimmter Teile des CDU-Statuts notwendig, besonders der Finanzordnung.

„Elastischer“

Von Hassel hob hervor, daß die neuen Maßnahmen nicht auf eine Kompetenzbescheidung des Ersten Parteivorsitzenden Dr. Adenauer abzielen. In erster Linie komme es darauf an, die Führungsspitze der Partei „funktionsfähiger und elastischer“ zu machen. Bisher habe sich von den gleichberechtigten stellvertretenden Vorsitzenden keiner verantwortlich gefühlt. Es müsse künftig klar sein, wer den Bundesparteivorstand einberufen darf und wer den Parteivorsitzenden Adenauer unmittelbar zu vertreten hat. Während der Auseinandersetzung

zwischen Dr. Adenauer und Professor Erhard habe die Partei nicht in der Weise eingreifen können, wie es notwendig und wünschenswert gewesen wäre. Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, der als Landesvorsitzender der Berliner CDU ebenfalls an der Konferenz teilgenommen hatte, erklärte, die Straffung der Partei-

organisation werde ähnliche Vorgänge in Zukunft ausschließen.

Parteausschuß tagt im September

Wegen der tiefgreifenden organisatorischen Änderungen in der CDU-Spitze hat sich die Konferenz der Landesverbände außerdem dafür ausgesprochen, die Sitzung des Parteausschusses auf den 14. September zu verschieben. Der Ausschuß sollte auf Antrag der Landesverbände Berlin, Hamburg, Bremen und Nordbaden bereits am 10. Juli zusammenkommen, um die Schlußfolgerungen aus der Kontroverse Adenauer—Erhard zu ziehen.

Die andere Genfer Konferenz

L. Genf (Eigenbericht). Vor rund einem Jahr begann jene andere Genfer Konferenz, die der Welt die Einstellung der atomaren Versuchsexplosionen besichern soll. Mehr als 100 Sitzungen haben die Diplomaten des Atomklubs schon hinter sich gebracht. So ist die Ungeduld der Öffentlichkeit verständlich. Doch ist sie zugleich ein Beweis, zu welcher selbstmörderischen Unwissenheit der Glaube führen kann, daß bei einem bißchen guten Willen alles ganz einfach sei.

Die zahlenmäßige und organisatorische Überlegenheit des Ostens kann auf lange Sicht vom verwöhnten, seinem Geschmack in hundert privaten Formen nachlebenden Westen nur durch bessere, stärkere Technik ausgeglichen werden. Versperrt sich der Westen diesen Weg, bevor die politischen Spannungsherde beseitigt sind, gibt er dem Osten die Möglichkeit, sie alle irgendwann einmal durch einfaches Schwergewicht in seinem Sinne zu lösen. Verzichtet der Westen außerdem auf jede Druckmöglichkeit in Richtung auf allgemeine Abrüstung des Gegners, beläßt er dem Osten sogar die Macht, die Spannungen militärisch in seinem Sinne zu lösen. Indem er schließlich einem losgelösten

Verzicht auf Weiterentwicklung der Atomwaffen zustimmte, gefährdete er sogar eine Möglichkeit, wenigstens die Fähigkeit zur Verteidigung seines eigenen Bestandes glaubhaft zu machen.

So bleibt dem Westen nur die Hoffnung, daß durch die Errichtung einer gemeinsamen ost-westlichen internationalen Kontrollorganisation für den Versuchsstop, gewissermaßen als Nebenprodukt von unten her, die Fäden für eine allgemeine Abrüstung wieder geknüpft werden. Vorbedingung aber hierzu ist, daß der Atom-Versuchsstop wirklich unter Kontrolle genommen wird und sich nicht als Anreiz für den Kreml auswirkt, insofern seine behauptete Überlegenheit noch weiter auszubauen.

Die deutsche Öffentlichkeit kann sich aus einem ganz besonderen Grunde nicht den Luxus leisten, die Kompliziertheit und Konsequenz des atomaren Versuchsstopps zu ignorieren und den Kinderglauben mitzumachen, daß nur ein bißchen guter Wille nötig sei. Ein atomarer Versuchsstop ist aber weit und breit das einzige verlockende Angebot, das die Sowjets reizen könnte und dennoch den Westen nicht sofort auf eine schiefe Bahn bringt.

Die Sowjets in USA

Frol Koslow hat es schwerer als sein „Vorgänger“ Mikojan

St. New York (Eigenbericht). Der ungewöhnliche Erfolg der Amerika-Reise Mikojans im Januar dieses Jahres konnte, bisher wenigstens, von Frol Koslow, ebenfalls stellvertretender Ministerpräsident, aber in der sowjetischen Ranghierarchie heute eher noch vor Mikojan stehend, nicht ganz wiederholt werden: Wie bei jeder Neueinstudierung eines früher schon gespielten Stückes, ist der Betrachter leicht geneigt, Vergleiche anzustellen, bei denen der Nachahmer relativ ungünstig wegzukommen pflegt. Mikojan war in Amerika Tagesgespräch, was wenigen ausländischen Besuchern gelingt; für Koslow interessieren sich nur die „zuständigen“ politischen und Industriekreise sowie, nicht zu vergessen, die antikommunistischen Vereine und die Flüchtlinge aus den Satellitenländern, die überall, wo Koslow erscheint, antikommunistische Flugblätter und Broschüren verteilen.

Dabei macht Koslow eher einen ernsthafteren und weniger verschmitzten Eindruck als Mikojan. Im Unterbewußtsein meldet sich eine Stimme, daß man Koslows Appelle zu verstärkten Handelsbeziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion und zu friedlichem ökonomischem, technologischem und kulturellem Wettbewerb ernster nehmen sollte als die gleichen Appelle von anderen Moskauer Spitzenfunktionären. Es scheint auch, daß die zahlreichen Industriellen, Bankleute und Kaufleute, mit und zu denen Koslow bisher zu reden Gelegenheit hatte, den gleichen Eindruck von ihm bekamen; nur sind die bitteren Erinnerungen an Gromykos aggressives Auftreten in Genf noch zu frisch, als daß Koslows Friedensschälmeien direkten Erfolg haben könnten. Freilich wird man mit dem endgültigen Urteil noch einige Tage warten müssen, bis er seine Amerika-Tournee beendet hat.

Zuckerbrot und Peitsche

Die Spannung, mit der amerikanischen Regierungskreise und die internationale Diplomatie

auf Koslows Amerika-Reise blickten, konzentrierte sich in erster Linie auf seine private Unterredung mit Präsident Eisenhower, der auch Staatssekretär Herter beigewohnt hat. Wochenlang hatte sich das Gerücht oder gar die Vermutung erhalten, daß Koslow Träger einer vertraulichen Botschaft Chruschtschows an den amerikanischen Präsidenten sein werde. Chruschtschows letzte Äußerungen haben freilich alle politischen Erwartungen in solcher Richtung auf den Nullpunkt gesenkt.

Es entspricht in der Tat der Tradition der sowjetischen Diplomatie, Zuckerbrot und Peitsche gleichzeitig anzuwenden; gleichzeitig mit dem Friedens- und Koexistenzappell der sowjetischen Landesausstellung in New York diplomatisch mit dem Säbel zu rasseln. Die sowjetische Ausstellung, laut Koslows Worten bei der Eröffnungsfeier eine „Herausforderung zum friedlichen Wettbewerb“, stünde einer neuerlichen Verschärfung des „kalten Krieges“ auf der diplomatischen Ebene nicht im Wege.

Wieweit diese Ausstellung ihren propagandistischen Zweck erfüllt, ist schwer zu sagen. Der bei der Pressevorschau gewonnene Eindruck, daß die prächtige Schaustellung von Sputniks, Atomreaktoren, Welt-raumraketen, industrieller Auto-

mation usw. mehr imponiert als warme Sympathien weckt, bestätigt sich: Und wenn die Vorführung sowjetischer Moden, von Haushaltsgeräten, Delikatessen, Mobilgar, Fernsehapparaten usw. einen interessanten Eindruck schafft, so ist das noch kein getreues Abbild der russischen Wirklichkeit, weil es sich zumeist nur um Modelle und nicht um Produkte der Massenproduktion handelt.

Rotes Wunschbild

Der bisherige Moskauer Korrespondent der „New York Times“ urteilte daher sachverständig und scharf, daß es sich um ein Wunschbild und einen Traum vom sowjetischen Alltag handle, nicht aber der Alltag selbst dargestellt sei. Und bei den ausgestellten modernen Kunstwerken, von Ölgemälden bis zur Porzellanmanufaktur, markiert sich ein unüberschbarer Provinzialismus, der auch die wohlwollendsten New-Yorker Pressekommentare veranlaßt, schweigend an ihnen vorbeizuschreiten; nur Präsident Eisenhower, als Amateurmaler um seine Ansicht befragt, zwang sich einige freundliche Worte ab, als er am Tage vor der Eröffnung der Ausstellung ihr eine kurze Blitzvisite abstattete. Immerhin aber findet die Ausstellung doch einen gewissen Anklang beim Publikum, wenn sie auch, trotz der dramatischen Begleitumstände der Koslow-Reise, bei weitem nicht New-Yorker Stadtgespräch ist und von einem sensationellen Propagandasieg keine Rede sein kann.

Mehr Stellen als Arbeitslose

Absoluter Tiefstand der Arbeitslosigkeit erreicht

Nürnberg (upi/dpa). Die Zahl der Arbeitslosen im Bundesgebiet, die im Mai dieses Jahres den bis dahin niedrigsten Stand der Nachkriegszeit erreicht hatte, verminderte sich im Juni weiter um 65 464 auf 255 395 Personen. Die Zahl der offenen Stellen lag sogar erstmals seit dem Bestehen der Bundesrepublik mit 319 455 über der Arbeitslosenzahl.

Wie die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg mitteilte, ist der Grund für die

erwartete weitere Abnahme der Arbeitslosenzahl vor allem darin zu suchen, daß die Betriebe in der Bundesrepublik auch ältere Arbeitskräfte und langfristige Arbeitslose einstellen.

Die Arbeitslosigkeit verringerte sich bei den Männern um 36 712 auf 135 809 Personen (das sind ein Prozent aller männlichen Arbeitskräfte) und bei den Frauen um 28 752 auf 119 586 (1,3 Prozent). Gegenüber der gleichen Vorjahreszeit waren 135 933 Arbeitslose weniger registriert.

Bundeskanzler Raab gibt auf

Bemühungen um Bildung eines Koalitionskabinetts gescheitert

Wien (dpa/upi). Der österreichische Bundeskanzler Raab hat jetzt den Auftrag zur Bildung einer neuen Koalitionsregierung im Einvernehmen mit der Parteilung der österreichischen Volkspartei als gescheitert zurückgegeben. Er begab sich dann zu Bundespräsident Schärff, um ihn von seinem Entschluß in Kenntnis zu setzen. Raab begründet seinen Schritt mit „neuen ungegerechtfertigten Forderungen“ der Sozialistischen Partei Österreichs. Mit dem Verzicht Raabs hat die seit acht Wochen dauernde innenpolitische Krise in Österreich ihren Höhepunkt erreicht.

Über die Gründe, die zum Abbruch der Verhandlungen führten, teilt die Sozialistische Korrespondenz mit, daß am 1. Juli in Verhandlungen zwischen

Vizekanzler Pittermann (SPÖ) und Finanzminister Kamitz (ÖVP) die Grundlagen für einen Kompromiß über die Besetzung der neuen Regierung erarbeitet worden seien. Wichtigster Punkt dieses Kompromisses sei die Übergabe der bisher von Bundeskanzler Raab ausgeübten Rechte in der Industrie- und Bergbauverwaltungsgesellschaft (IVB) an Vizekanzler Pittermann gewesen. Dieser Vorschlag habe jedoch, ebenso wie der seinerzeitige Vorschlag Raabs, den Sozialisten das Finanzministerium zu überlassen, nicht die Billigung der ÖVP gefunden. Der von der ÖVP gemachte Abänderungsvorschlag, die Rechte des Kanzlers nicht auf den Vizekanzler, sondern auf die Bundesregierung zu übertragen, sei von den Sozialisten abgelehnt worden.

Reibungsloser Saar-Anschluß

Geld und Waren über die ehemalige Zollgrenze

Saarbrücken (dpa/ap). Der wirtschaftliche Anschluß des Saargebiets an die Bundesrepublik vollzieht sich reibungslos. Der Geldumtausch ist so gut organisiert, daß die meisten nur fünf bis zehn Minuten vor den Schaltern zu warten brauchen. Mit der Deutschen Mark sind in unaufhörlichem Strom auch die deutschen Waren in das Saarland geflossen. Weit über 2000 Lastwagen brachten etwa 12 000 bis 15 000 Tonnen Waren über die ehemalige Zollgrenze.

Den ersten Ärger, der aber voraussehen war, gab es mit einer vereinfachten Preisumstellung zum Kurs von 100 : 1 statt 117 Franken gleich eine Deutsche Mark. Dadurch verteuerten sich beispielsweise die Teigwaren derart, daß für ein 80-Gramm-Brötchen 15 Pfennig verlangt wurden. In einem Schuhgeschäft kosteten die Schuhe 48,90 statt 42 Mark. Der saarländische Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Schäfer hat sich sofort gegen willkürlich vereinfachte Preisumstellungen gewandt.

Beim saarländischen Ministerpräsidenten Dr. Röder trafen zahlreiche Glückwunschtelegramme ein, darunter von Bundeskanzler Dr. Adenauer und den Ministerpräsidenten der Nachbarländer Rheinland-Pfalz und Hessen. Das Kuratorium Unteilbares Deutschland begrüßte die endgültige Rückgliederung der Saar als ein Modell für das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Zwischenfall an der Zonengrenze

Berlin (dpa). Sechs Angehörige des Bundesgrenzschutzes, die nach Angaben des Sowjetzonen-Innenministeriums an zwei verschiedenen Stellen die Zonengrenze überschritten haben sollen, sind laut adn am Montag früh wieder ins Bundesgebiet zurückgeschickt worden. Die Freilassung der Bundesgrenzschutzangehörigen bezeichnet adn als „großzügige Maßnahme“. Sie stünde im Gegensatz zu „Schikanen im Bundesgebiet“.

„Zugang muß frei bleiben“

Berlin (Eigenmeldg.). Bischof D. Dr. Dibelius erklärte vor evangelischen Publizisten aus neun Ländern, für Berlin, aber auch für ganz Deutschland hänge alles daran, daß der Zugang nach Berlin frei bleibe, „und zwar von allen Seiten“. Eine Grenzziehung zwischen den beiden deutschen Teilstaaten am Brandenburger Tor würde die Aufspaltung Deutschlands vollenden und ebenso die kirchliche Spaltung herbeiführen. Der Bischof hob hervor, daß die Kirche noch das einzige und letzte Band sei, das Ost- und Westdeutschland als eine Einheit zusammenschließe.

Herter: Seid freundlich

Washington (dpa). Der amerikanische Außenminister Herter hat dem Bürgermeister von Detroit nahegelegt, auf die geplante Demonstration gegen den stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Koslow zu verzichten. Der Bürgermeister hatte dem State Department mitgeteilt, er werde Koslow nicht empfangen, wenn dieser nach Detroit kommt. Herter bat den Bürgermeister in einem persönlichen Schreiben, Koslow die Höflichkeiten zu erweisen, die üblicherweise Personen seines Ranges zuteil würden, ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sowjetunion und den USA.

Brandt bei Brentano

Bonn (ap). Der Berliner Regierende Bürgermeister Brandt hatte eine einstündige Unterredung mit Bundesaußenminister von Brentano, an der auch der Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, Dr. Klein, teilnahm. Die Begegnung diente einem Meinungsaustausch über die Behandlung der Berlin-Frage während der am kommenden Montag beginnenden zweiten Phase der Genfer Außenministerkonferenz.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.



BILDER DER WOCHE. Oben: Gespräch am „Lagerfeuer“. Norwegens Ministerpräsident Lange besichtigt das Zeltlager der sozialistischen Jugendverbände in den Berliner Rehbergen. — Unten: Prinzenhochzeit in Brüssel. Impulsiv beugte sich Königinmutter Elisabeth von Belgien während der Trauung zu Prinzessin Paola und flüsterte ihr etwas ins Ohr. Links: König Baudouin.

